



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

3. Quartal 2022

Rückblick
Herbstsession
2022

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 12. bis zum 30. September 2022 versammelten sich die eidgenössischen Räte zur Herbstsession. Während drei Wochen berieten sie im Bundeshaus über politische Entscheide für die Schweiz.

Dabei konnte das zweite Massnahmenpaket zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beschlossen werden. Auch zum Abbau der coronabedingten Verschuldung wurde ein Beschluss gefasst. Neben weiteren Geschäften in den Bereichen Versorgung, COVID-19, Forschung und Patientensicherheit lag ein Schwerpunkt im Bereich der Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Die Zusammenfassung der wichtigsten in der Herbstsession behandelten Geschäfte erhalten Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Der zweite Teil dieser Ausgabe enthält einen Überblick über weitere relevante gesundheitspolitische Entscheide und Meldungen im dritten Quartal.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Herbstsession 2022.

Bei positivem Endresultat potentielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

19.046 Geschäft des Bundesrates

KOSTEN

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)

Status: von beiden Räten angenommen und somit erledigt.

Nachdem das Parlament ein erstes Paket mit weniger umstrittenen Massnahmen beschlossen hat, erwies sich das zweite von drei Paketen als umstrittener. Verschiedene Punkte konnten bereits beschlossen werden. In der Herbstsession ging es nun noch um das Kostenmonitoring im Gesundheitswesen.

Das Bundesparlament ist einverstanden mit einem Kostenmonitoring im Gesundheitswesen. Bund und Kantone sollen allerdings keine Eingriffsmöglichkeit erhalten, wenn sich die Tarifpartner nicht einigen können.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190046>

21.067 Geschäft des Bundesrates

KOSTEN

Für tiefere Prämien - Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung)

Status: von beiden Räten behandelt - Fristverlängerung bis 21.11.2023

Im Frühjahr 2020 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Prämien - Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» eingereicht. Sie verlangt, dass Bundesrat, Bundesversammlung und Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen. Die Volksinitiative wurde vom Nationalrat abgelehnt. Er beschloss in der Sommersession einen indirekten Gegenvorschlag zur «Kostenbremse-Initiative», in dem er den Prämienanstieg mit Kostenzielen bremsen will. Initiative und Gegenvorschlag wurden nun im Ständerat diskutiert.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210067>

22.020 Geschäft des Bundesrates

KOSTEN

Finanzhaushaltgesetz (Abbau der coronabedingten Verschuldung). Änderung

Status: von beiden Räten angenommen und somit erledigt.

Über den Abbau der ausserordentlichen Corona-Schulden von 26 Milliarden Franken herrscht Einigkeit zwischen den Räten. Der Nationalrat ist auf die Variante des Ständerates und des Bundesrates eingeschwenkt. Die 26 Milliarden Franken sollen bis 2035 im Amortisationskonto ausgeglichen werden. Zusatzausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und Überschüsse aus dem ordentlichen Bundesbudget sollen dies ermöglichen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220020>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

19.4134 Motion	Eingereicht von Verena Herzog (Schweizerische Volkspartei)	VERSORGUNG
Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin. Versorgungsforschung und Massnahmenplanung zur Sicherstellung der Behandlung von Kindern und Jugendlichen		
Status: von beiden Räten angenommen.		

1. Der Bund gibt periodisch eine spezifische Versorgungsforschung im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin in Auftrag. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Kinder- und Jugendmedizin ist zu evaluieren.
2. Das Bundesamt für Gesundheit erstellt periodisch Bericht über die Entwicklung des Versorgungsstandes in der Kinder- und Jugendmedizin pro Kanton im ambulanten und stationären Bereich sowohl bezüglich Grundversorgern als auch bezüglich aller weiteren Fachdisziplinen.
3. Der Bund unterstützt die Kantone im Rahmen seiner Kompetenzen beim Festlegen von Massnahmen, um die Unterversorgung mittelfristig abzubauen und langfristig zu verhindern.

Relevant u. a. für Bundesamt für Gesundheit, Ärzteschaft, Krankenversicherungen, Bund, Kantone

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20194134>

21.4036 Motion	Eingereicht von Baptiste Hurni (Sozialdemokratische Partei der Schweiz)	VERSORGUNG
Orthopädische Schuhe für Personen mit Diabetes. Stopp der schmerzlichen Verschlechterung der Leistungen beim Übergang von der IV zur AHV!		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verordnung über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung (HVA, SR 831.135.1) so zu ändern, dass jährlich Anspruch auf mindestens ein Paar orthopädische Schuhe besteht.

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20214036>

22.046 Geschäft des Bundesrates	COVID-19
Covid-19-Gesetz. Änderung (Verlängerung und Änderung ausgewählter Bestimmungen)	
Status: behandelt vom Nationalrat.	

Der Nationalrat will einzelne Bestimmungen im Covid-19-Gesetz verlängern, um falls nötig in einer nächsten Corona-Welle die nötigen Instrumente bei der Hand zu haben. Dass künftig die Kantone die Tests bezahlen sollen, will er aber nicht. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220046>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

21.4346 Motion	Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR	FORSCHUNG
Forschung und klinische Versuche mit nichtkommerziellen Medizinprodukten fördern und nicht behindern. Anpassung von Gebühren und Auflagen ist dringend		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat wird beauftragt, das Ausführungsrecht zum Heilmittelgesetz, insbesondere zu den Artikeln 4 bis 9, anzupassen, damit die nicht-kommerzielle klinische Forschung gefördert wird. Die aufwändigen Auflagen und die Tarife für die nicht-kommerziellen Versuche sind anzupassen, damit sie nicht weiter dazu führen, dass wichtige Forschungsvorhaben gar nicht erst gestartet werden können.

Relevant u. a. für Forschungseinrichtungen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20214346>

22.030 Geschäft des Bundesrates	FORSCHUNG
Beitritt der Schweiz zu sechs internationalen Eric-Forschungsinfrastrukturnetzwerken und Änderung des FIGG	
Status: behandelt vom Ständerat.	

Der Bundesrat hat am 13. April 2022 die Botschaft zum Beitritt der Schweiz zu sechs europäischen Forschungsinfrastrukturnetzwerken an das Parlament überwiesen. Durch diese Beitritte soll den Schweizer Forschenden eine aktive und gleichberechtigte Teilnahme ermöglicht werden. Der Ständerat hiess die Vorlage in der Herbstsession ohne Gegenstimme gut. Sie geht nun an den Nationalrat.

Relevant u. a. für Forschungseinrichtungen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20220030>

22.3869 Motion	Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR	FORSCHUNG
Förderung von Forschung und Therapie für spezifische Frauenkrankheiten		
Status: vom Nationalrat angenommen. Motion an 2. Rat.		

Der Bundesrat wird beauftragt, dafür zu sorgen,

- dass frauenspezifische Krankheiten und Beschwerden klarer identifiziert und gezielter erforscht werden;
- dass zusammen mit Fachgesellschaften Guidelines für Diagnose, Indikation und Therapie erstellt und durchgesetzt werden;
- dass die Förderung der Qualität der Behandlung frauenspezifischer Krankheiten als Ziel der Eidgenössischen Qualitätskommission definiert wird.

Relevant u. a. für Forschungseinrichtungen, Fachgesellschaften, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20223869>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

22.3868 Motion	Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR	FORSCHUNG
Gender-Medizin. Schluss mit Frauen als Ausnahme in der Medizin		
Status: Behandelt im Nationalrat: Annahme der Buchstaben a und c. Ablehnung Buchstabe b. Motion an 2. Rat.		

Der Bundesrat wird beauftragt, die Forschung in der Gendermedizin, vor allem bezogen auf Frauen, zu fördern. Dazu trifft er folgende Massnahmen:

- a. Lancierung eines nationalen Forschungsprogramms zur Gendermedizin;
- b. Berücksichtigung des Kriteriums Geschlecht als Voraussetzung, um Gelder beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zu erhalten;
- c. Veranlassung einer markanten Erhöhung an Forschungen über Beschwerden und Krankheiten, die speziell oder vor allem Frauen betreffen.

Relevant u. a. für Forschungseinrichtungen, Bevölkerung, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20223868>

21.4341 Motion	Eingereicht von Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR	PATIENTENSICHERHEIT
Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat soll eine gesetzliche Grundlage schaffen und deren Rahmenbedingungen festlegen, um die Eizellenspende für Ehepaare zu ermöglichen, bei welchen der Unfruchtbarkeitsgrund bei der Frau liegt.

Relevant v. a. für Bevölkerung, Ärzteschaft, Einrichtungen im Bereich Fortpflanzungsmedizin

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20214341>

22.3015 Motion	Eingereicht von Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR	DIGITALISIERUNG
Elektronisches Patientendossier. Praxistauglich gestalten und finanziell sichern		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat wird beauftragt, unter Regelung der gegenseitigen Aufgaben und Verantwortung mit den Kantonen sowohl die Finanzierung der Einführung wie auch die kostendeckende Finanzierung des Unterhalts und Betriebs sowie der Weiterentwicklung des EPD und seiner Infrastruktur langfristig sicherzustellen.

- Gleichzeitig hat der Bundesrat dafür zu sorgen und soweit notwendig die rechtlichen Grundlagen anzupassen,
- dass das EPD benutzertauglich wird, einfach zugänglich ist (inkl. eID), Administration abbaut und für alle Betroffenen einen Mehrwert bringt;
 - dass die technische und organisatorische Komplexität des EPD reduziert wird und eine zentrale EPD-Infrastruktur für die Datenablage der Patientinnen und Patienten sowie für den Datenaustausch mit Gesundheitsfachpersonen zur Verfügung steht;
 - dass die EPD-Infrastruktur einfach in die digitalen Geschäftsprozesse zwischen den Gesundheitsfachpersonen eingebunden werden kann.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20223015>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

21.4374 Motion	Eingereicht von Andri Silberschmidt (FDP. Die Liberalen)	DIGITALISIERUNG
Einführung einer digitalen Patientenadministration		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat wird beauftragt, alle betroffenen Gesetze dahingehend anzupassen, dass die Prozesse rund um die Patientenadministration für alle involvierten Parteien der ambulanten und stationären Versorgungsbereichen im Sinne eines virtuellen Schweizer Gesundheitsnetzes digital abgewickelt werden können (Spital, Langzeit, Spitex, Praxen, Apotheken, etc.).

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20214374>

21.4373 Motion	Eingereicht von Andri Silberschmidt (FDP. Die Liberalen)	DIGITALISIERUNG
Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat wird beauftragt, alle betroffenen Gesetze dahingehend anzupassen, dass ein eindeutiger digitaler Patienten-Identifikator («Master-Patienten-Nummer») erstellt und von allen Partnern im Gesundheitswesen in der Kommunikation eingesetzt werden kann (Leistungserbringer, Versicherungen, etc.).

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20214373>

21.4313 Motion	Eingereicht von Marcel Dobler (FDP. Die Liberalen)	DIGITALISIERUNG
Schaffung eines elektronischen Impfausweises		
Status: von beiden Räten angenommen.		

Der Bundesrat wird beauftragt, die Einführung eines elektronischen Impfausweises kompatibel mit dem elektronischen Patientendossier (EPD) zu realisieren. Dieser Ausweis, der als Ersatzlösung der Online-Plattform meineimpfungen.ch dienen soll, ist freiwillig und soll im medizinischen oder behördlichen Kontext verwendet werden können, wie der bisherige Papierschein. Der Halter des Ausweises soll seine Impfungen auch in einer App verwalten können. Aufgrund der Erfahrungen von meineimpfungen.ch, ist bei der Umsetzung einer neuen Lösung der Datenschutz und die Sicherheit zentral.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20214313>

Weitere gesundheitspolitische Entscheide im 3. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), von Swissmedic, vom Bundesamt für Statistik (BFS) und vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium OBSAN.

Bundesrat verabschiedet weitere Massnahmen gegen Kostenanstieg im Gesundheitswesen

KOSTEN

Bundesrat

Der Bundesrat will die Prämienbelastung für die Menschen in der Schweiz dämpfen. Nach einem ersten Massnahmenpaket hat er an seiner Sitzung vom 7. September 2022 das zweite Massnahmenpaket zur Kostendämpfung zu Händen des Parlaments verabschiedet. Die Massnahmen verbessern die medizinische Versorgung und bremsen das Kostenwachstum im Gesundheitswesen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90255.html>

Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder: Bericht zeigt keine Ungleichbehandlung

KOSTEN

Bundesrat

Medikamente müssen auf der Spezialitätenliste (SL) aufgeführt sein, damit sie von den Krankenversicherern vergütet werden. Ist dies nicht der Fall, ist eine Kostengutsprache durch die Versicherer erforderlich. Ein vom Bundesrat an seiner Sitzung vom 7. September 2022 verabschiedeter Bericht zeigt auf, dass die Bewilligungsquote der Vergütung von Krebsmedikamenten für Kinder sehr hoch und die Gleichbehandlung durch die Versicherer gewährleistet ist. Es besteht kein Handlungsbedarf, um die Einzelfallvergütung von Medikamenten spezifisch bei krebskranken Kindern zu verbessern.

Relevant u. a. für Patient:innen, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90252.html>

Pflegematerial: Entscheide zu Vergütungen liegen vor

KOSTEN

Bundesrat

Vor einem Jahr hat der Bundesrat entschieden, dass die Krankenversicherer die Finanzierung des Pflegematerials unabhängig davon übernehmen, ob die Anwendung durch eine Pflegefachperson erfolgt oder nicht. Inzwischen ist die Übergangsfrist abgelaufen. Die einheitliche Vergütung gilt ab dem 1. Oktober 2022.

Relevant u. a. für Spitäler, Ärzteschaft, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90239.html>

Krankenversicherung: Starker Kostenanstieg führt zu höheren Prämien im Jahr 2023

KOSTEN

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Nach vier Jahren der Stabilität werden die Krankenkassenprämien 2023 wieder steigen. Die mittlere Prämie wird 334.70 Franken betragen, was einem Anstieg um 6.6 Prozent im Vergleich zu 2022 entspricht. Seit 2018 beträgt der Anstieg damit durchschnittlich 1.5 Prozent, gegenüber 3.8 Prozent in den fünf Jahren davor (2013 – 2018). Der starke Anstieg der mittleren Prämie im Jahr 2023 ist vor allem auf die Covid-19-Pandemie, die das Gesundheitssystem stark beansprucht hat, und auf einen Nachholeffekt zurückzuführen. Die Gesundheitskosten stiegen 2021 um 4.5 Prozent, und dieser Trend setzte sich im ersten Halbjahr 2022 fort. Die Eindämmung der Gesundheitskosten bleibt für den Bundesrat eine Priorität.

Relevant u. a. für Bevölkerung und Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-90514.html>

Operation PANGEA XV: Internationale Aktion gegen gefälschte und illegal importierte Arzneimittel

PATIENTENSICHERHEIT

Bundesrat

Vom 23. – 30. Juni 2022 fand zum 15. Mal die von Interpol weltweit koordinierte Aktion gegen den illegalen Onlinehandel mit Arzneimitteln statt. In der Schweiz kontrollierten das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) und Swissmedic 948 Sendungen mit Arznei- oder Dopingmitteln. Zwei Drittel der illegalen Sendungen enthielten Mittel zur Erektionsförderung, die den illegalen Online-Markt seit Jahren beherrschen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-89755.html>

Meldung von Verdacht auf illegalen Arzneimittelhandel

PATIENTENSICHERHEIT

Swissmedic

Wer Arzneimittel herstellt, vertreibt oder abgibt, ist seit dem 1. Januar 2019 gesetzlich verpflichtet, Swissmedic jeden Verdacht auf illegalen Arzneimittelhandel zu melden. Ein Merkblatt und ein Formular konkretisieren diese Meldepflicht für Arzneimittel, geben praktische Hinweise und unterstützen die Meldung. Seit dem 1. September 2022 steht eine neue Version des Merkblattes für die Meldung bei Verdacht auf illegalen Arzneimittelhandel zur Verfügung.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Grossisten, Apotheken, Pharmaindustrie

Quelle: https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/humanarzneimittel/marktueberwachung/arzneimittel-aus-dem-internet/meldung_verdacht_illegalen_arzneimittelhandel.html

VERSORGUNG

Hochspezialisierte Medizin: Konzentrationsprozess setzt sich fort

Bundesrat

Der Prozess zur Konzentration der Leistungen der hochspezialisierten Medizin (HSM) entwickelt sich positiv. Die Kantone mobilisieren die nötigen Ressourcen und Kompetenzen für eine Planung im Sinne des Gesetzes. Dies geht aus der zweiten Aktualisierung des Berichts zur HSM-Planung hervor, die der Bundesrat an seiner Sitzung vom 24. August 2022 verabschiedet hat. Der Bundesrat sieht keinen Grund, von seiner subsidiären Kompetenz in diesem Bereich Gebrauch zu machen.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90047.html>

VERSORGUNG

Fachkräftemangel in der Pflege: Mobilität wirkt nur begrenzt

Bundesrat

In der Langzeitpflege wird der Personalbedarf besonders stark ansteigen. Doch viele Fachkräfte wandern in den ersten Berufsjahren in den Akutbereich ab, der vielfältigere Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Mit generalistischen Ausbildungen des Pflegepersonals wollte man dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Ein neuer Bericht der Eidgenössischen Hochschule für Berufsbildung EHB zeigt jedoch, dass die Mobilitätsströme zu einseitig sind, um dies zu erreichen.

Relevant u. a. für Pflegepersonal, Ärzteschaft, Pflegeheime, Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90380.html>

VERSORGUNG

Bundesrat beschliesst neue Organisation des Koordinierten Sanitätsdienstes KSD

Bundesrat

Der Koordinierte Sanitätsdienst KSD und dessen Geschäftsstelle werden per 1. Januar 2023 ins Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) integriert. An seiner Sitzung vom 23. September 2022 hat der Bundesrat die entsprechende Teilrevision der Verordnung über den Koordinierten Sanitätsdienst verabschiedet.

Relevant u. a. für Sanitätsdienste

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90479.html>

COVID-19

Untersucher Zusammenhang zwischen Fruchtbarkeit und Covid-19-Impfung

Swissmedic

In einigen Ländern wurden Änderungen der Geburtenrate sowohl im zeitlichen Zusammenhang mit der Pandemie als auch dem Beginn der Impfkampagne beobachtet. Swissmedic erreichten in letzter Zeit Fragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Medienschaffenden zu einem möglichen Zusammenhang zwischen der Covid-19-Impfung und der Fruchtbarkeit. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es weder aus der publizierten Fachliteratur noch aus der weltweiten Marktüberwachung Hinweise, dass auf mRNA-Technologie basierende Impfstoffe die menschliche Fruchtbarkeit beeinträchtigen könnten. Auch aus der Schweiz hat Swissmedic dazu keine Sicherheitssignale.

Relevant u. a. für Ärzteschaft, Bevölkerung

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/coronavirus-covid-19/untersucher-zusammenhang-fruchtbarkeit-und-covid-19-impfung.html>

COVID-19

Auswertung der Krisenorganisation in der ersten Phase der Covid-19-Pandemie

Bundesrat

Der Bundesrat hat am 23. September 2022 den Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen des Parlaments (GPK) zur Krisenorganisation in der ersten Phase der Covid-19-Pandemie zur Kenntnis genommen. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen zur Krisenorganisation des Bundes, die teils bereits umgesetzt wurden. Andere Empfehlungen fliessen in die laufenden Arbeiten ein, etwa in die Revision des Epidemiengesetzes.

Relevant für die Gesamtbevölkerung und alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90500.html>

DIGITALISIERUNG

Nebenwirkungen elektronisch melden: Neues Online-Meldeformular für Betroffene oder deren Angehörige

Swissmedic

Privatpersonen können Verdachtsfälle unerwünschter Arzneimittelwirkungen neu über ein Web-Formular an Swissmedic melden. Die Auswertung vermuteter Nebenwirkungsmeldungen sind ein wichtiger Baustein, um die Sicherheit von Arzneimitteln kontinuierlich zu überwachen. Medizinische Fachpersonen sind durch das Heilmittelgesetz verpflichtet, schwere oder noch unbekannte Nebenwirkungen an Swissmedic zu melden. Sie benützen dafür seit einigen Jahren das eGovernment-Portal «EViS» (Elektronisches Vigilance System). Patientinnen und Patienten, Angehörige oder interessierte Dritte können auch ohne medizinische Fachkenntnisse Nebenwirkungen und Vorkommnisse elektronisch an Swissmedic melden.

Relevant u. a. für Patient:innen, Pharmaindustrie, Swissmedic

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/mitteilungen/nebenwirkungen-elektronisch-melden.html>

DIGITALISIERUNG

Digitale Transformation im Gesundheitswesen: Fachgruppe Datenmanagement hat ihre Arbeit aufgenommen

Bundesrat

Der Datenaustausch und das Zusammenspiel zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen müssen verbessert werden. Dazu müssen Daten inhaltlich, strukturell und technisch standardisiert sein. Eine Fachgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Organisationen und Interessenverbänden des Gesundheitswesens, sowie Fachexpertinnen und -experten aus dem Bereich Data Science hat an ihrem ersten Treffen erste Handlungsfelder zur Verbesserung des Datenmanagements im Gesundheitswesen identifiziert. Diese werden bis zur nächsten Sitzung im November 2022 konkretisiert und priorisiert.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90422.html>

Todesursachenstatistik 2020: Covid-19 war 2020 die dritthäufigste Todesursache in der Schweiz

STATISTIK

Während sich in einem normalen Jahr in der Schweiz in etwa 70 000 Todesfälle ereignen, waren es im Pandemiejahr 2020 mit 76 195 Todesfällen 12.4 % mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen. Der Anteil an Todesfällen mit Covid-19 als Haupttodesursache lag 2020 bei 12.2 % und damit an dritter Stelle nach den Herz-Kreislauf-Krankheiten (26.9 %) und Krebs (22.2 %). Dies geht aus der Todesursachenstatistik 2020 des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor.

Relevant für die Bevölkerung und alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.23284854.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Arztpraxen beteiligten sich 2021 stark an der Covid-19-Impfkampagne

STATISTIK

Im Jahr 2021 wirkte sich die Covid-19-Pandemie das zweite Jahr in Folge auf die Tätigkeit der Arztpraxen aus. Obschon sich die Situation gegenüber 2020 verbesserte, wiesen zwei von fünf Arztpraxen eine reduzierte Tätigkeit auf und jede fünfte Arztpraxis musste auf Kurzarbeit umstellen. Drei von fünf Arztpraxen in der medizinischen Grundversorgung beteiligten sich an der Impfkampagne, die Ende 2020 startete. Dies sind einige Ergebnisse der letzten Erhebung der Strukturdaten der Arztpraxen und ambulanten Zentren des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Relevant u. a. Ärzteschaft, Patient:innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.22906945.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Die Schweizer Spitäler in der Covid-19-Pandemie

STATISTIK

Auswirkungen auf die Fallzahlen der stationären Gesundheitsversorgung
In der Schweiz reduzierten sich während dem Frühlings-Lockdown 2020 die stationären Fallzahlen im Vergleich mit der Vorjahresperiode um einen Drittel. Für die wenigsten Eingriffe und Diagnosen wurde diese Reduktion bis Ende 2020 kompensiert. Auf das ganze Jahr betrachtet wurden 6 % weniger stationäre Fälle behandelt als im Vorjahr 2019. Bei nicht-überlebensnotwendigen Eingriffen zeigte sich der stärkste temporäre Rückgang der Fallzahlen, weshalb von einer erfolgreichen Umsetzung des bundesrätlichen Verbots für «medizinisch nicht dringend angezeigte Untersuchungen und Behandlungen» gesprochen werden kann. In allen sieben Schweizer Grossregionen ist dieselbe Entwicklung der Fallzahlen zu beobachten, wobei das Tessin früher und stärker getroffen wurde.

Relevant für Spitäler, Kantone, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2022-die-schweizer-spitaeler-der-covid-19-pandemie>



Schweizerisches Gesundheitsobservatorium
Observatoire suisse de la santé
Osservatorio svizzero della salute
Swiss Health Observatory

Ausblick

Wintersession

Vom 28. November bis 16. Dezember 2022 treffen sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession.

Volksabstimmung

Im Hinblick auf den Abstimmungstermin vom 27. November 2022 liegen keine Erlasse des Bundes zur Abstimmung vor. Entsprechend wird an diesem Datum kein eidgenössischer Urnengang stattfinden.

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-89395.html>